

Stuttgart, 11.06.2018

Organisationsuntersuchung Baurechtsamt - Bauberatungsamt - Beteiligungsverfahren mit dem Gesamtpersonalrat zur Ämterkonferenz - Ergebnis des Einigungsstellenverfahrens

Beschlussvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Beschlussfassung	öffentlich	27.06.2018

Beschlussantrag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Empfehlung der Einigungsstelle zur Ämterkonferenz umzusetzen (siehe Anlage 1).
2. Der Verwaltungsausschuss nimmt die Stellungnahmen der Fachämter zum Personalbedarf für die Teilnahme an der Ämterkonferenz zur Kenntnis (siehe Anlage 2).

Begründung

Mit der GRDrs 851/2017 „Organisationsuntersuchung Baurechtsamt - Bauberatungsamt mit Umsetzungsprojekt“ wurde der Projektabschlussbericht vom Verwaltungsausschuss zur Kenntnis genommen. Dieser sieht unter anderem die Einführung einer Ämterkonferenz im Baugenehmigungsverfahren vor.

Im Baugenehmigungsverfahren kann es aufgrund unterschiedlicher Stellungnahmen der Fachämter zu einem Dissens kommen. Momentan werden in diesem Falle weitere schriftliche Stellungnahmen der Fachämter notwendig. Dieser bisherige schriftliche Austausch wird in einem Termin der Ämterkonferenz gebündelt. Dies soll zu einer Entlastung der Mitarbeiter/-innen in den Fachämtern sowie zu einer Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens führen. Zusammen mit den Fachämtern wurde hierzu eine Geschäftsordnung erarbeitet. Darüber hinaus wurde beim Baurechtsamt eine Geschäftsstelle mit einer Leitungskraft und 1,5 Mitarbeiter/-innen angesiedelt.

Die Ämterkonferenz unterliegt der eingeschränkten Mitbestimmung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz.

Da sich die Verwaltung und der Gesamtpersonalrat in diesem Verfahren nicht einigen konnten, hat der Verwaltungsausschuss mit der GRDRs 927/2018 „Organisationsuntersuchung Baurechtsamt - Bauberatungsamt - Beteiligungsverfahren mit dem Gesamtpersonalrat zur Ämterkonferenz“ die Fortführung des Beteiligungsverfahrens unter Bildung einer Einigungsstelle beschlossen.

Die Einigungsstelle mit Vertreter/-innen der Verwaltung und des Gesamtpersonalrats hat am 30.01.2018 getagt. Das Ergebnis ist als Anlage 1 dieser Vorlage beigefügt.

Entsprechend der Empfehlung der Einigungsstelle vom 30.01.2018 wurden das Amt für öffentliche Ordnung, das Amt für Umweltschutz, die Branddirektion, das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, das Baurechtsamt, das Tiefbauamt sowie das Garten-, Friedhofs- und Forstamt um Stellungnahmen über ihren geschätzten zusätzlichen Personalbedarf zur Durchführung der Ämterkonferenz gebeten. Alle genannten Ämter konnten zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen, ob und in welcher Höhe ein zusätzlicher Personalbedarf besteht. Um zu einer Einschätzung zu gelangen, soll zunächst die Ämterkonferenz umgesetzt und konkret durchgeführt werden (Anlage 2).

Wie von der Einigungsstelle empfohlen, kann daher, nach der Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses, die Geschäftsordnung für die Ämterkonferenz in ihrer derzeitigen Fassung vom 29.05.2017 in Kraft treten (Anlage 3).

Die Ämterkonferenz wird nach einem Jahr evaluiert werden.

Finanzielle Auswirkungen

-

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

WFB, SOS, StU, T

Vorliegende Anfragen/Anträge:

-

Erledigte Anfragen/Anträge:

-

Dr. Fabian Mayer
Bürgermeister

Anlagen

Anlage 1: Empfehlung der Einigungsstelle vom 30.01.2018

Anlage 2: Stellungnahmen der Fachämter über dzusätzlichen Personalbedarfe für die Ämterkonferenz

Anlage 3: Geschäftsordnung für die Ämterkonferenz (Entwurfassung vom 29.05.2017)

<Anlagen>